



Jeyakumar Thurairajah / GRÜNE

Stadtrat

Domänenstrasse 4

Rathaus

9008 St. Gallen

9001 St. Gallen

Cornelia Federer / GRÜNE

Aetschbergstrasse 11

9014 St. Gallen

St. Gallen, 20. Jan. 2022

## **Einfache Anfrage**

### **Die Tochter der Mama wegnehmen statt Nothilfe leisten?**

Der Stadtrat hat in seinem schweizweit pionierhaften Postulatsbericht «Umsetzung der Kinderrechtskonvention» vom 5.10.2021 den Menschenrechten von Kindern einen hohen Stellenwert für den Umgang mit ihnen im Alltag der Stadtverwaltung zugeschrieben. Es ist uns bewusst, dass die Schweiz die Kinderrechte 1997 ratifiziert hat, die Umsetzung über Bund, Kanton bis zur Gemeinde anspruchsvoll ist. Von den engagierten KESB Mitarbeitenden verlangt dies eine zusätzliche Aufmerksamkeit. Aufgrund eines Falls aus der Praxis, scheint aber Theorie vom Postulatsbericht und Praxis auseinanderzuliegen.

Es geht um eine Familie aus Eritrea. Der Vater wurde gezwungen dreimal den in Eritrea gesetzlich vorgeschriebenen Militärdienst von je 18 Monaten zu leisten, wurde aber danach nicht aus dem Militärdienst entlassen. In der Folge desertierte er und flüchtete nach Israel. Die Mutter wurde mit der Tochter rund ein Jahr als Strafmassnahme in den verschiedensten Gefängnissen in Eritrea festgehalten. Danach floh auch sie mit der Tochter. Nach der rund zweijährigen Flucht durch verschiedene Länder wurde ihr in der Schweiz gestelltes Asylgesuch abgelehnt.

Dadurch entfällt die Möglichkeit auf Unterstützung durch die Sozialhilfe, es gibt nur noch Nothilfe für deren Vollzug als Institution das Ausreise- und Nothilfezentrum ANZ Sonnenberg in 7324 Vilters SG vorgesehen ist. Die mittlerweile zwölfjährige Tochter besucht eine Kleinklasse im Schulhaus Buchental in St. Gallen.

Nach dem Amt für Volksschulen haben alle Kinder und Jugendlichen unabhängig vom Asylstatus in der Schweiz das Recht und die Pflicht, die obligatorische Grundschule zu besuchen, dieses Recht kann im Ausschaffungszentrum Sonnenberg nicht wahrgenommen werden, nach Erfahrungswerten können sich die Ausschaffungszeiten für Eritrea über Jahre dahin ziehen. Aus diesen Fakten, wäre es sozial und ökonomisch sinnvoller dieser Familie in der Stadt Nothilfe zu gewähren.



Das kantonale Migrationsamt wie auch die Sozialen Dienste der Stadt St.Gallen verweigern in diesem Fall die Nothilfe in der Stadt.

Nach Meinung des kantonalen Sicherheits- und Justizdepartements dürfen Kinder aber nicht aus der Gemeindeschule herausgerissen werden; sowie erfüllen die Lebensbedingungen In einem Ausreise- und Nothilfezentrum die Minimalrechte der UN- Kinderrechtskonvention nicht. Diese Ansicht stützen sowohl die Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen, als auch die Nationale Kommission zur Verhütung von Folter.

Die Kleinfamilie war gezwungen im Verlauf der letzten 12 Monate mehr als ein Dutzend Mal Unterkunft und Überlebenshilfe bei verschiedenen unterstützungsbereiten Familien und Einzelpersonen zwischen Wil und Heerbrugg zu erbetteln.

Jetzt möchte die KESB der Mutter das Kind wegnehmen. Es soll fremdplatziert werden und die Mutter ins ANZ in Vilters SG abgeschoben werden.

Wir bitten den Stadtrat in diesem Zusammenhang um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie steht der Stadtrat zur Verweigerung von Nothilfe in der Stadt St.Gallen in so einem Fall unter Berücksichtigung der Kinderrechtskonvention?
2. Braucht es doch zusätzliche Massnahmen im Sinne von internen Weisungen, Weiterbildungen und Verankerungen zur Umsetzung der Grundprinzipien der Kinderrechtskonvention in der Gemeindeordnung oder anderen Reglementen oder Verordnungen, damit der hohe Stellenwert der Einhaltung der Kinderrechtskonvention garantiert werden kann?
3. Welche Möglichkeiten sieht der Stadtrat im besagten Fall, um das Auseinanderreißen von Mutter und Tochter zu verhindern?
4. Was kann der Stadtrat tun, um künftige ähnliche Fälle zu vermeiden?

Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung der Fragen.

Die persönlichen Angaben zu diesem Fall stellen wir auf Anfrage gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

Jeyakumar Thurairajah

Stadtparlamentarier GRÜNE

Cornelia Federer

Stadtparlamentarierin GRÜNE